

Stand: 06.05.2026 12:08:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22366

"Klimafolgenanpassung endlich umsetzen: Wasserversorgung nachhaltig sichern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22366 vom 05.06.2018
2. Beschluss des Plenums 17/22660 vom 06.06.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Klimafolgenanpassung endlich umsetzen: Wasserversorgung nachhaltig sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Symptome der Überhitzung des Erdklimas sind in Bayern von Tag zu Tag mehr spürbar: Die Anzahl der heißen Tage über 30°C ist auf Rekordkurs, die Temperatur im Mai lag 3,9°C über dem langjährigen Durchschnitt. Die Trockenheit ist in einigen Regionen extrem, andere Regionen haben starke Schäden durch sintflutartige Regenfälle zu verzeichnen. Durch die jahreszeitliche Verschiebung der Niederschlagsmengen, den zunehmenden Starkregenereignissen, die vorwiegend oberflächlich abfließen, und der vergangenen Trockenjahre ist die Grundwasserneubildung stark reduziert und die Pegelstände des Grundwassers reihenweise auf Rekordtiefstand. Im Bereich der Wasserwirtschaft sind daher Klimaanpassungsmaßnahmen dringend erforderlich.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, im Bereich der Wasserwirtschaft umgehend Klimaanpassungsmaßnahmen zu ergreifen mit dem Ziel,

- den Wasserverbrauch zu senken,
- ein nachhaltiges Wassermanagement in der Land-

wirtschaft, der Wasserversorgung und bei den Unternehmen zu etablieren,

- eine Kontrolle und Deckelung der Wasserentnahme durch die Landwirtschaft und das Gewerbe einzuführen,
- eine wassersparende Verwendung für Bewässerung vorzuschreiben,
- Bodenversiegelungen und -verdichtungen zu vermeiden,
- Landnutzungsmaßnahmen zu ergreifen, um den raschen Abfluss von Niederschlägen einzuschränken und damit die Grundwasserneubildung zu fördern,
- die EU-Wasserrahmenrichtlinie konsequent umzusetzen
- und einen flächendeckenden Grundwasserschutz zu etablieren.

Begründung:

Die Auswirkungen der Erdüberhitzung auf die Wasserwirtschaft in Bayern sind zunehmend bedrohlich. Von den 90 Grundwassermessstellen in Bayern haben allein in den letzten drei Jahren 51 Messstellen ihre historischen Rekordtiefstände verzeichnet. Die Grundwasserneubildung hat sich aufgrund von verschiedenen Faktoren, wie abnehmende Niederschlagsmengen und höherer Verdunstungsraten, stark reduziert. Ein Wassermanagement mit dem Ziel des sparsamen Einsatzes von Grundwasser in verschiedenen Qualitätsstufen mit Vorgaben für die Landwirtschaft und Großverbraucher und für Trockenzeiten ist dringend notwendig. Die Erwärmung der Oberflächengewässer in Bayern um ein halbes Grad pro Jahrzehnt ist ebenfalls sehr besorgniserregend.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/22366

Klimafolgenanpassung endlich umsetzen: Wasserversorgung nachhaltig sichern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Benno Zierer

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klimafolgenanpassung endlich umsetzen: Wasserversorgung nachhaltig sichern (Drs. 17/22366)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Auf den Klimawandel reagieren - effektiven Grundwasserschutz und nachhaltiges Wassermanagement installieren (Drs. 17/22388)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Stümpfig. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Untersuchungen der Grundwasserstände in den letzten Jahren besagen klar, dass die Alarmglocken klingeln. Bei 51 von 90 Messstellen an den tiefen Grundwasserständen in Bayern haben wir Rekordniedrigstände in den letzten drei Jahren. Das heißt also, an über der Hälfte der Messstellen im tiefen Grundwasser haben wir historische Rekordtiefstände. Das muss uns alle wachrütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In welche Richtung geht die Tendenz? – Die Aussage dazu ist sehr klar. Drei Viertel der Messstellen haben eine abnehmende Tendenz. Das sind sehr lange Messreihen. Dabei wurden bewusst Messstellen herausgesucht, die wenig vom Menschen beeinflusst werden. Die Situation ist also mehr als besorgniserregend, dramatisch. Deswegen müssen wir endlich Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Gründe für die Niedrigstände sind für die Forscher und für uns, die sich damit intensiver beschäftigen, ganz klar: Die Niederschläge verschieben sich vom Sommer in den Winter. In manchen Regionen Bayerns fallen teilweise 25 % weniger Niederschläge als früher. Auch die Art und Weise, wie der Niederschlag fällt, hat sich verändert: Der Niederschlag kommt immer mehr in Form von Starkregenereignissen zu Boden und fließt sehr stark oberflächlich ab. Wir haben im Winter eine geringere Schneedecke, was dazu führt, dass weniger Wasser langsam in den Boden einsickert, sondern ebenfalls stärker oberflächlich abfließt. Schließlich ist auch die Verdunstung weitaus höher.

Wir hatten den heißesten April aller Zeiten, gefolgt vom heißesten Mai aller Zeiten. Daran kann man klar erkennen, in welche Richtung die Reise geht. Das Problem wird immer noch mehr verschärft. Deshalb müssen wir endlich anpacken und sowohl einen vorbeugenden Klimaschutz als auch eine richtige Klimaanpassungsstrategie verfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wasser ist unser kostbarstes Gut. Deswegen müssen wir damit sorgsam umgehen. Darin sind wir hier im Hause sicherlich einer Meinung. Davon kann derzeit aber leider keine Rede sein. Reihenweise finden wir an unseren Grundwassermessstellen viel zu viel Nitrat im Grundwasser. Die Pflanzenschutzmittel versauen unser Grundwasser. So darf es nicht weitergehen. Wir brauchen ein anständiges Wassermanagement, eine Grundwasserreinhaltung und einen flächendeckenden Grundwasserschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was sollen wir also tun? Sollen wir den Verbrauch senken und sorgsamer mit Wasser umgehen? – Ja, wir brauchen ein Wassermanagement, mit dem alle Daten erhoben werden. Ein besonderes Sorgenkind ist dabei für uns die Landwirtschaft. Auf eine Anfrage ist ganz klar herausgekommen, dass nicht bekannt ist, wo und wie viel Wasser von der Landwirtschaft entnommen wird. Deshalb ist es ganz klar: Für ein anständiges

Management müssen wir erfassen, wer wie viel Wasser entnimmt. Wir brauchen auch eine Kontrolle, wer wie viel Wasser entnimmt. Da sind wir momentan noch ganz am Anfang. Hier muss die Staatsregierung nachlegen, damit wir ein anständiges Wassermanagement einführen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Problematisch ist die Landwirtschaft auch deshalb, weil wir feststellen, dass in manchen Regionen in Bayern der Getreideanbau nicht mehr möglich ist und deshalb ein gewisser Strukturwandel einsetzt. Die Landwirte, die kein Getreide mehr anbauen können, überlegen, was sie sonst machen können. Sollen sie Sonderkulturen anbauen oder können sie sich mit Bewässerung ein neues Standbein aufbauen? Wenn die Staatsregierung nicht frühzeitig sagt, das kann unter Umständen der komplett falsche Weg sein, weil der Landwirt vielleicht in einer Region mit Wasserknappheit wohnt, dann setzt dieser Landwirt auf Bewässerung, vielleicht auch noch mit der falschen Technik, und das ist dann kein nachhaltiger Weg. Wir brauchen deshalb klare Vorgaben für eine Bewässerung, und wir brauchen Vorgaben dafür, wie sich die Landwirtschaft entwickeln soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein großes Problem ist auch die Bodenversiegelung. Darüber haben wir hier schon öfter diskutiert. Auch die immer größer werdende Verdichtung und immer größere Maschinen in der Land- und Forstwirtschaft tragen dazu bei, dass die Grundwasserneubildung in Bayern stark rückläufig ist. Auch diese Zahl ist alarmierend. Nahezu flächendeckend haben wir zwischen 5 % und 10 % weniger Grundwasserneubildung. Das ist wirklich ein Hammer. Da müssen wir ran. Dafür brauchen wir Landnutzungskonzepte und Maßnahmen, mit denen wir es schaffen, dass der Boden wieder mehr Wasser aufnimmt. Wir brauchen eine Bodenstruktur, in der das Wasser stärker infiltriert wird. Wir müssen Maßnahmen zum Erosionsschutz usw. ergreifen.

Das, was die Staatsregierung momentan vorlegt, ist nichts. Es ist wirklich gar nichts. Wir haben keine Daten über den Wasserverbrauch, keine Notfallpläne. Wir haben nur freiwillige Maßnahmen. Ein Beispiel dafür ist die Wasserrahmenrichtlinie. Sie ist ein Papiertiger und wird nur bruchstückhaft angewandt. Ich nenne nur das Beispiel der Gewässerrandstreifen. Darüber haben wir hier im Hause auch schon rauf und runter diskutiert. Es gibt immer nur freiwillige Maßnahmen, und das Ganze gipfelt dann zum Beispiel in einem Appell: Wir haben gerade einen Engpass, bitte bewässern Sie Ihren Garten nicht. Das ist alles, wozu die Staatsregierung fähig ist. Das reicht auf keinen Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen sagen wir ganz klar: Wir brauchen ein gutes Management. Wasser ist ein kostbares Gut. Wir müssen uns dem Klimawandel stellen. In meiner Region, in Bad Windsheim, wird zum Beispiel ein Brunnen wegen zu hoher Nitratwerte geschlossen, oder in Greiselbach in meinem Landkreis wird ein Brunnen geschlossen, weil er ökonomisch nicht mehr finanzierbar war. Das darf nicht mehr sein. Wir müssen das Problem endlich ernstnehmen und eine gute Wasserwirtschaft betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Stümpfig. – Für die SPD-Fraktion hat sich Kollege Scheuenstuhl gemeldet. Bitte sehr.

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die vergangenen Jahre haben klar gezeigt, dass der Klimawandel mittlerweile auch ein bayerisches Problem geworden ist. Das Pfingsthochwasser im Jahr 2013, die Schlammlawine in Simbach, die schweren Verwüstungen in den Landkreisen Passau, Freyung-Grafenau, Ansbach, Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim und kürzlich auch im Landkreis Fürth sollten der Staatsregierung eigentlich Warnung genug sein. Die Jahreszeiten verschieben sich. Die Vegetationsperiode ist in den letzten 50 Jahren um 26 Tage länger geworden. Das hat teils

drastische Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Wir haben diese Woche dazu eine Anhörung, und wir sind gespannt, wie sich die Experten dazu äußern werden.

Die Luft erwärmt sich bei uns deutlich schneller als im Durchschnitt. Das hat zur Folge, dass uns ein Temperaturanstieg um 4,5 Grad drohen könnte. Das ist übrigens keine Aussage von der SPD, sondern das hat schon die frühere Umweltministerin, Frau Scharf, an dieser Stelle erwähnt. Die Hitzetage werden mehr, und die kalten Tage deutlich weniger. Was das für unsere schneebedeckten Alpen bedeutet, muss ich wohl nicht ausführen. Einerseits häufen sich Unwetter, starke Niederschläge und Hochwässer, andererseits haben wir Temperaturen in Rekordhöhe und außergewöhnliche Dürreperioden.

In meiner Heimat Franken kämpft die Bevölkerung immer wieder mit den Folgen extrem niedriger Wasserstände. Neben einer schlechten geologischen Ausgangslage fällt im Norden auch wesentlich weniger Regen als im Süden. Mit 500 Litern pro Quadratmeter und Jahr fällt in Unterfranken sogar 75 % weniger Niederschlag als in den Alpen und immerhin noch 50 % weniger als im Münchner Umland.

2017 verzeichnete das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg in vielen unterfränkischen Regionen sehr niedrige Grundwasserstände, die sich nicht ausreichend erholen können. Der Wasservorrat für die Pflanzen ist fast verbraucht; im Gemüsebau muss deshalb bereits künstlich bewässert werden. Langfristig zeichnet sich hier ein Nutzungskonflikt bei der Ressource Wasser ab. Dann heißt es: Nehmen wir den Fisch und lassen ihn leben, oder bauen wir die Gurke an?

Durch einen Beschluss des Bayerischen Landtags vom 16. Juli 1970 wurde die Bayerische Staatsregierung beauftragt, einen überregionalen Wasserausgleich zwischen Donau- und Maingebiet zu schaffen. Ein Überleitungssystem bringt Wasser aus dem feuchten Süden über die Wasserscheide nach oben ins fränkische Seenland. Insgesamt werden rund 150 Millionen Kubikmeter Wasser übergeleitet. Dass diese Überleitung in den letzten Jahren ab und zu abgestellt worden ist, weil selbst in der Donau zu

wenig Wasser war, hat in der Öffentlichkeit wenig Beachtung gefunden, ist aber ein erstes Warnsignal.

Die Entnahme aus dem Donaugebiet ist nicht unbegrenzt möglich. Es gibt Verträge, die einzuhalten sind. Im Falle der Donau bedarf es einer Abstimmung über die wichtigen Fragen der Gewässerbewirtschaftung mit unserem Nachbarn Österreich. Ob es in Zukunft möglich sein wird, mehr Wasser vom Süden in den Norden zu pumpen, werden Verhandlungen zeigen, und ich hoffe, dass das Ministerium hier bereits tätig wird. Es kann nicht sein, dass in Österreich oder anderswo Strom erzeugt wird, während im Norden die Pflanzen eingehen bzw. die Menschen kein sauberes Wasser mehr bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die klimatischen Veränderungen sollten nicht länger ignoriert werden. 15 der 16 wärmsten Jahre wurden in den Jahren nach 2001 registriert. Jüngst haben uns teils sommerliche Temperaturen den wärmsten April seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881 beschert.

Die Staatsregierung, Herr Minister, kennt die Ursachen, unternimmt aber nichts. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Geschädigten. Hochwasser, Hitzerekorde und Unwetter stellen für die Betroffenen persönliche Katastrophen dar und sind auch für die Steuerzahler oft mit enorm hohen Kosten verbunden. Aber bis heute hat sich nichts an der Klimapolitik der Staatsregierung geändert, obwohl man weiß, was zu tun wäre.

Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion neben einem bayerischen Klimaschutzgesetz, in dem verbindliche Klimaschutzziele bis zum Jahr 2050 festgelegt werden, immer wieder Maßnahmen zum Schutz unserer wichtigen Ressource Wasser. Die Trinkwassernutzung muss absoluten Vorrang haben. Auch soll ein öffentlich-rechtliches Wassermanagement geschaffen werden. Wir fordern außerdem eine intensivere Unterstützung im Bereich der nachhaltigen Wasserspeicherung und -sicherung.

Die Forschung im Bereich der wasserschonenden Bewässerung in der Landwirtschaft muss intensiviert werden. Auch Züchtungsbemühungen um angepasste Nutzpflanzen

müssen vorangetrieben werden. Es muss dringend ein Förderprogramm zur wassersparenden Bewässerung erstellt werden. – Als ich im Umweltausschuss Entsiegelungsmaßnahmen gefordert habe, hat man mich ausgelacht und mir eine Uralt-Broschüre für Gemeinden empfohlen. Dazu muss ich sagen: Das war wirklich schon unter aller Kanone, was hier geboten wurde. Für Entsiegelungsmaßnahmen gibt es mit Sicherheit noch viele Möglichkeiten.

Und niemand überprüft die wasserrechtlichen Genehmigungen aus der Vergangenheit. Wo sind die Mengenbegrenzungen? Wo sind Zähler? Es gibt einige solcher Instrumente, die auch genutzt werden. Aber wo sind sie für alle? – Wir brauchen hier endlich einen starken Staat und kein Bitten und Betteln. Wasser ist für alle da, nicht nur für einige wenige. Wir wollen auch nicht, dass es literweise verkauft wird wie in anderen Ländern dieser Welt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Thema Hochwasserschutz darf ich noch sagen: Der Hochwasserschutz nach Kassenlage muss endlich aufhören. Es kann nicht sein, dass die Menschen in den Kommunen, die nicht über die entsprechenden Finanzmittel verfügen und nicht genügend Mittel bekommen, gefährdeter sind als jene in anderen Kommunen, die reich sind und sich den Hochwasserschutz leisten können. Der Freistaat Bayern darf bei Gewässern, für die er zuständig ist, die Gemeinden nicht erpressen und sagen: Wenn ihr nicht die Hälfte bezahlt, dann machen wir den Hochwasserschutz nicht. Damit muss Schluss sein! – Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. – Noch ein kleiner Hinweis zur namentlichen Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge von soeben: Die SPD hat zusätzlich namentliche Abstimmung über ihren Antrag beantragt. Dies hat jetzt keine Auswirkungen mehr, denn wir überspringen ohnehin im Augenblick

die Abstimmung bzw. verschieben sie. Aber der Vollständigkeit halber teile ich es mit.
– Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dr. Hünnerkopf für die CSU-Fraktion.
Bitte sehr.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Wasser und Wasserversorgung in Bayern ist – dies ist auch an den Ausführungen des Kollegen Scheuenstuhl deutlich geworden – nicht erst ein Thema, seitdem wir vom Klimawandel sprechen, sondern es beschäftigt uns schon seit Jahrzehnten. Die Trinkwasserversorgung in Bayern ist bereits in den 1950er-Jahren und 1960er-Jahren konzipiert worden. Durch Verbundnetze kann vom wasserreichen Süden in den Norden, nach Franken Trinkwasser transportiert werden, und natürlich auch durch den Rhein-Main-Donau-Kanal, wodurch insgesamt ein größerer Wasserausgleich erfolgen konnte.

Nun möchte ich mich jedoch auf die beiden Dringlichkeitsanträge beschränken, die wir heute haben, zum einen: "Klimafolgenanpassung endlich umsetzen: Wasserversorgung nachhaltig sichern" – ich sagte gerade, wir haben schon in den 1950er- und 1960er-Jahren begonnen – und: "Auf den Klimawandel reagieren – effektiven Grundwasserschutz und nachhaltiges Wassermanagement installieren".

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung hat im Jahr 2008 die Klimaanpassungsstrategie BayKLAS beschlossen – das ist zehn Jahre her –, und ich werde gleich aufzeigen, was in der Zeit bis heute an Maßnahmen ergriffen worden ist.

Wenn wir vor zehn Jahren diese Anträge bekommen hätten, hätte ich gesagt: Okay, sie sind dringlich, und sie sind aktuell. Aber zu diesen beiden Anträgen ist nur anzumerken: Sie sind sicher ein Anliegen, das wir weiterhin im Fokus haben müssen; aber das wird auch seitens der Bayerischen Staatsregierung so gesehen. Wir kennen die beiden Bilder mit dem Männchen, das im Süden mit dem Schnorchel im Wasser steht, und in Nordbayern, in Franken, geht ihm das Wasser gerade bis zur Wade. Dies macht deutlich, wo die Probleme liegen. Gerade auch in Unterfranken bzw. Franken

sind sehr viele Maßnahmen begonnen worden, die dem Anliegen des Wasserschutzes sowie des verantwortungsvollen Wassergebrauchs und -verbrauchs dienen. So bearbeitet die Regierung von Unterfranken seit längerer Zeit ein Niedrigwassermanagement zur Steuerung von Grundwasserentnahmen. Darin geht es darum, systematisch Erkenntnisse zu gewinnen, die dann auch auf andere Gebiete übertragbar sein sollen und bei denen es um die Entnahme von Wasser – Oberflächenwasser, Uferfiltrat usw. – geht.

Wir haben seit 2016 Pilotprojekte – so möchte ich sie bezeichnen – in dem Konzept zur nachhaltigen und umweltverträglichen Bewirtschaftung der Wasserressourcen. Einige laufen bereits. Die Förderanträge sind bewilligt, gerade in Unterfranken, wo es darum geht, Wasser in Verbindung mit Wein-, Garten- und Feldgemüsebau sinnvoll zu speichern – dann, wenn es zur Verfügung steht –, zu nutzen und effizient einzusetzen. Um diesen Belangen Rechnung zu tragen, werden derzeit Pilotprojekte konzipiert und – davon gehe ich aus – sukzessive umgesetzt.

Unser Umweltministerium hat einen Projektverbund BayKlimaFit – Strategien zur Anpassung von Kulturpflanzen an den Klimawandel – mit rund 2,4 Millionen Euro finanziert. Auch hier geht man also davon aus, dass man selbst bei den Kulturpflanzen darauf achten muss, dass sich der Verbrauch von Wasser in Grenzen hält. Das LfU-Projekt zur Datenerhebung und Dargebotsermittlung mit den Schwerpunkten Landwirtschaftliche Bewässerung und Erarbeitung von Regelungen für die Begutachtungspraxis von Bewässerungsanträgen macht weiter deutlich, dass wir voll im Plan sind. Natürlich geht es darum, immer die verfügbaren Wassermengen zu ermitteln. Was Kollege Stümpfig gesagt hat, ist so; das ist nicht von der Hand zu weisen. Damit müssen wir umgehen. Darauf gibt es ja auch die Reaktionen der Staatsregierung. Es ist einfach so.

Wenn jemand beim Landratsamt als der Wasserrechtsbehörde beantragt, Wasser entnehmen zu dürfen, wird sehr sorgfältig darauf geachtet, wie die Entnahme und die Wassernutzung sein soll. Zunächst wird immer darauf geachtet, was mit Nieder-

schlagswasser gemacht werden kann, ob es gespeichert werden kann und wie es eingesetzt werden kann. Erst als zweiten, weiteren Schritt geht es um die Entnahme von Oberflächenwasser oder Uferfiltrat, zum Beispiel am Main. Die Entnahme von Grundwasser soll immer die Ultima Ratio, der letzte Schritt sein. Auch wird sehr genau darauf geachtet, wie viel entnommen wird. Das wird anhand eines Planes genehmigt, das wird kontrolliert, das wird ständig bilanziert, und darauf wird reagiert.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir sind durchaus im Soll und haben verantwortungsvolle Maßnahmen ergriffen.

Bei der Vermeidung von Bodenversiegelung und -verdichtung ist schon vieles gemacht worden. Ich erinnere noch einmal an die letzten Beschlüsse der Staatsregierung zu Entsiegelungsprämien für Kommunen, um auch dort anzuregen, dass die Versickerungsfähigkeit verbessert wird. Dabei geht es um unnötig versiegelte oder nicht mehr benötigte Flächen. Oft werden solche Flächen aus Bequemlichkeit oder aufgrund der Kostenaufwendigkeit liegen gelassen. Dort soll mehr gemacht werden. Auch ein Flächenrecycling von Brachflächen kann gefördert werden.

Auch bei der Initiative "Innen statt außen" geht es darum, Verdichtung oder Bodenversiegelung durch bauliche Nutzung, Siedlungsbau und Gewerbebau zu vermeiden. Das ist bekannt. Wir haben auch sehr viele Ansätze im Bereiche des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, um unerwünschten Bodenverdichtungen entgegenzuwirken. Dazu gibt es Forschungsprojekte und Beratung zur schonenden Bodenbearbeitung. Auch die Aspekte, die in den vielen Spiegelstrichen der Anträge erwähnt sind, werden berücksichtigt.

Wir lassen auch nicht zu, dass die Maßnahmen, die gerade in Verbindung mit dem Kulturlandschaftsprogramm, Schwerpunkt Boden- und Gewässerschutz, mit Fördermitteln ermöglicht werden, so gering geredet und verniedlicht werden, lieber Herr Stümpfig. Vielmehr schreitet die Entwicklung der Umwandlung von Ackerfläche in Grünland entlang von Gewässern und sonstigen sensiblen Gebieten sehr positiv

voran, gerade in Verbindung mit Greening und mit erhöhten Mitteln aus dem Kulturlandschaftsprogramm. Das ist – das möchte ich untersuchen lassen – bei uns in Bayern mindestens so gut wie in anderen Bundesländern, in denen es eine vermeintliche Verpflichtung zum Anlegen von Pufferstreifen gibt. Wir haben in Verbindung mit dem Kulap Gewässererosionsschutzstreifen. Wir haben die Winterbegrünung; wir haben die Wintersaat, die viele Schäden verhindert. Wir haben Mulch- bzw. Streifendirekt-saatverfahren. Sie werben auch immer für ökologischen Landbau, der auch bei uns zunehmend greift. Auch dort sind die positiven Auswirkungen zu erkennen.

Die Initiative "Boden:ständig", die über die Ämter für Ländliche Entwicklung verfolgt wird, zeigt Wirkung. Auch die LfL, also die Landesanstalt für Landwirtschaft, hat umfangreiche Maßnahmen zu den Themen Erosionsschutz und Starkregen entwickelt und Handlungsempfehlungen für Erosionsschutz usw. erarbeitet.

Nicht zuletzt möchte ich auf eine positive Entwicklung hinweisen, die auch durch viele Anträge aus unseren Reihen gefördert wurde, nämlich statt Mais die Durchwachsene Silphie anzusäen, die über Jahre am gleichen Standort immer wieder geerntet werden kann, sodass der Boden bewachsen bleibt und nicht erodiert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Die ist nicht überall; sonst wäre sie vielleicht auch im Garten von Florian von Brunn. Auf jeden Fall ist statistisch eine starke Zunahme festzustellen. Wie in anderen Bereichen gilt auch hier: Wenn erkannt ist, dass etwas funktioniert, dass es auch hinsichtlich der Bilanz, gerade was Biogasanlagen betrifft, funktioniert, bin ich mir sicher, dass dies auch noch weiter greift.

Ich fasse zusammen: Wir haben umfangreiche Maßnahmen am Laufen. Diese werden ständig ergänzt, sodass eine Dringlichkeit nicht gegeben ist, von der Staatsregierung zu verlangen, endlich Maßnahmen umzusetzen. Insofern können wir beiden Anträgen nicht zustimmen, sondern wir lehnen sie ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment noch! – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Scheuenstuhl. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Hünnerkopf, ich habe jetzt gehört, dass Sie gesagt haben, vor zehn Jahren habe man sich mit Blick auf die verschiedenen Spiegelstriche – so haben Sie es bezeichnet – bereits auf den Weg gemacht. Sie haben aber leider in Ihrem Vortrag überhaupt keine Analyse vorgenommen. Das heißt, die Maßnahmen, die wir heute fordern und zu denen Sie uns darlegen, dass sie schon eingesetzt wurden oder im Ansatz sind, haben nicht zum Erfolg geführt; denn sonst müssten wir uns heute nicht darüber unterhalten. Das heißt, zehn Jahre sind ins Land gegangen, und es wird Zeit, dass wir einen Antrag einbringen, nämlich in Form eines Dringlichkeitsantrags, damit wir Ihnen Dampf machen. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ganz einfach: Es funktioniert nicht. Sie haben die Analyse verweigert; sonst hätten Sie heute sagen müssen, dass der Grundwasserspiegel sinkt und wir weniger Wasser im Main haben. Wir haben hier Probleme und dort Probleme. Sie haben zwar Ihre Maßnahmen aufgezählt – vielleicht gibt es sogar noch mehr –, aber sie sind nicht erfolgreich. Deshalb müssten Sie unseren Anträgen eigentlich zustimmen, damit Sie noch mehr Druck machen können.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Lieber Kollege Scheuenstuhl, die Analyse habe ich mir aus Zeitgründen gespart. Über die Analyse wurde schon so viel diskutiert, dass zumindest nichts Neues hinzugefügt werden kann.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Also stimmt sie! Also ist sie richtig!)

Das sind die Fakten, die natürlich mit dem Klimawandel, mit den unterschiedlichen Niederschlagsverteilungen usw. – allem, was gesagt worden ist – verbunden sind. Das

ist ganz klar. Dass manche Maßnahmen bisher nicht im gewünschten Maße messbar greifen, liegt auch daran, dass uns die Entwicklung, die Klimaveränderung, eigentlich überrollt hat. Das müssen wir ganz offen eingestehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

– Lieber Kollege Christian Magerl, ich meine, auf diesem Auge sind wir nicht so blind, wie ihr uns manchmal unterstellen wollt. Das ist erkannt. Die Maßnahmen greifen. Sie werden ständig weiterentwickelt. Sie werden intensiviert, und sie greifen besser. Aus Ihren Anträgen geht außer Spiegelstrichen und Allgemeinplätzen auch keine Lösung hervor. Da kann ich nichts erkennen, außer:

(Beifall bei der CSU)

Das überlassen wir dann wieder der Staatsregierung, damit wir wieder kritisieren können.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ihr seid freiwillig an der Regierung! Ihr könnt gern aufhören! Wir übernehmen!)

Wir wissen, dass wir auf dem besten Weg sind. Wir wissen, dass unsere Maßnahmen greifen. Wir wissen, dass sie sehr komplex sind. Wir wissen natürlich auch, dass wir uns weiterhin Gedanken machen müssen. Ich habe gesagt, dass wir Pilotprojekte haben, mit denen wir Erkenntnisse sammeln und die wir weiterentwickeln können. Ich denke jetzt an die Wasserrückhaltungen bei mir in Franken, an denen ich selber seit Jahren interessiert bin, weil sie notwendig sind; ansonsten wird die Kulturlandschaft, was Wein betrifft, was Obst betrifft, was Gemüse betrifft, verloren gehen. Also müssen wir darauf reagieren.

Aber wir haben unterschiedliche Voraussetzungen. Wir müssen auf der einen Seite Wasser auffangen, speichern und auf der anderen Seite dann effektiv einsetzen. Dafür wird es mehrere Wege geben, nicht nur einen Weg. Wir wollen und können aber nicht sagen, welcher der Königsweg ist, sondern wir müssen Erfahrungen sammeln und

diese umsetzen. Insofern sind wir auf einem guten Weg und sehen keinen Anlass, den Anträgen zuzustimmen. Den Gefallen können wir euch nicht tun.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Hünnerkopf. – Für die FREIEN WÄHLER hat sich Kollege Zierer gemeldet. Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit Anträgen der GRÜNEN und der SPD zum Thema Wasser, Wasserversorgung und allem, was damit zusammenhängt. Wir sind uns sicherlich darüber einig, dass sich das Klima zunehmend verändert, auch in Bayern, auch unterschiedlich in Bayern, je nach den Niederschlägen, mit denen Landstriche zu kämpfen haben. Die Unwetter werden immer extremer, ein Hitzerekord übertrifft den nächsten. Der Frühling fühlt sich nahezu wie Hochsommer an.

In diesem Jahr war der Monat Mai der heißeste seit 130 Jahren. Wenn man ins Freie geht, will man nicht glauben, dass wir erst Anfang Juni haben. Die einen freuen sich über diese hochsommerlichen Temperaturen, aber ich ärgere mich immer, wenn ich den Wetterbericht höre bzw. wenn die Nachrichtensprecher oder -sprecherinnen betonen, wie wunderbar heiß es am nächsten Tag wieder sein wird. Alle freuen sich, dass es heiß wird, ohne darüber nachzudenken, welche Auswirkungen das langfristig auf ihr Leben haben wird.

(Erwin Huber (CSU): Das nützt auch nichts!)

Wir müssen in Zukunft mit zunehmender Trockenheit zurechtkommen.

(Zurufe von der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch den FREIEN WÄHLERN ist die Problematik dieser Wetterereignisse durchaus bekannt. Auch wir sind der Meinung, dass in Zukunft mehr getan werden muss, um in Bayern weiterhin eine flächendeckende Was-

erversorgung – nicht nur mit Trinkwasser – gewährleisten zu können. Es wurden bereits einige Dinge angesprochen, die in der Vergangenheit gemacht worden sind. Dass die Anträge der GRÜNEN und der SPD der richtige Weg sind, bezweifeln wir FREIE WÄHLER jedoch stark.

Beginnen wir mit der ersten Forderung im Antrag der GRÜNEN: Ziel soll es sein, den Wasserverbrauch zu senken. Hierzu wären Vorschläge, wie dieses Ziel erreicht werden kann, wünschenswert gewesen. Ich sehe zum Beispiel durchaus Potenzial bei Privathaushalten oder bei Unternehmen. Hierbei muss in Zukunft das Regenwasser viel stärker genutzt werden können. Wir brauchen hier einen ganz anderen Umfang, mehr Zisternen und Wasserauffangbecken, auch im Zuge der Maßnahmen, die im Hochwasserschutz geleistet werden.

Leider geht alles viel zu langsam. Wir haben Personalbedarf bei den Wasserwirtschaftsämtern, wir haben Personalbedarf im Bereich des Wasserrechts, und es gibt zu wenig Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Behörden, damit diese Dinge schneller vorwärtsgehen. Vielleicht muss man umdenken und in Zukunft auch mit Bauherren – in welchem Bereich auch immer, ob bei Industrie- oder privaten Bauten – mehr reden und solche Verfahren künftig mit finanziellen Anreizen versehen. Es wäre eine Überlegung wert, Anreize zu schaffen, um zweierlei Systeme der Brauchwasseraufbereitung in Häusern einzubauen bzw. mit der Industrie zu sprechen, damit sie mehr aufbereitet. Über solche Dinge müssen wir in Zukunft diskutieren.

Ich gebe zu, wir sehen das Problem, dass dieser Antrag für die Landwirtschaft zu einseitig betont worden ist. Unsere Landwirte sind sich sehr wohl ihrer Verantwortung bewusst, wie sie mit Wasser in Landstrichen, die Wasser brauchen, umgehen müssen. Sie haben es vorhin angesprochen; hier geht es um Weinbau, Obstbau,

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

auch Gemüsebau. Die Leute wissen durchaus, dass sie sparsam mit Wasser umgehen müssen. Die ersten Ansätze und Versuche mit verschiedenen Pflanzenarten wurden bereits gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Wir werden den Klimawandel nicht zurückdrehen können. Die zunehmenden Unwetterereignisse und die Dürreperioden werden der Land- und Forstwirtschaft in Zukunft erheblich zusetzen und finanzielle Schäden verursachen. Allein für die Landwirtschaft wird ein Schadenspotenzial von über 850 Millionen Euro prognostiziert. Das Klima wird sich in den nächsten Jahren eher zuungunsten der Landwirtschaft auswirken. In Bayern wird circa 1 % der landwirtschaftlichen Fläche bewässert. Das ist wichtig für die Gemüsebauern und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Hier ist es notwendig zu bewässern.

Dass man darauf genau schauen muss, ist selbstverständlich. Ich glaube, das wird auch von den Wasserwirtschaftsämtern gemacht. Die Bewässerung erfolgt nicht nur nach guter fachlicher Praxis, sondern wird auch überwacht – siehe Niederbayern, siehe die Brunnen in Franken. Alles wird man nicht kontrollieren können. Wir werden vielleicht bei den Großabnehmern in Zukunft besser hinschauen müssen, wohin der Weg geht.

Die Bauern werden Einbußen hinnehmen müssen, vor allem die Gemüsebauern. Franken wird es durchaus schwerer treffen als Oberbayern, weil die klimatischen Voraussetzungen dort andere sind.

Ferner wird eine Deckelung bei der Wasserentnahme gefordert. Wie soll das ausschauen? – Hier gehen mir Details ab, und darum können die FREIEN WÄHLER den Anträgen von SPD und GRÜNEN nicht zustimmen.

Wir werden vielleicht neben der Energiewende auch eine Wassernutzungswende brauchen. Über dieses Thema werden wir in den Ausschüssen reden müssen. Heute

überstürzt über Anträge abzustimmen, ist nicht der richtige Weg. Darüber muss im Umweltausschuss diskutiert werden. Vielleicht brauchen wir auch eine Expertenanhörung. Die Zukunft wird zeigen, wie wir hierbei vorgehen müssen. Die FREIEN WÄHLER werden beide Anträge ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Für die Staatsregierung spricht Herr Staatsminister Dr. Huber. Bitte sehr.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Kollege Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in der Bewertung gar nicht weit auseinander, sondern wir stimmen völlig überein: Der Klimawandel ist in Bayern angekommen. Herr Kollege Scheuenstuhl, die Bayerische Staatsregierung bringt es nicht fertig, dass es mehr regnet.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Noch nicht!)

Ich will für mich nicht in Anspruch nehmen, dass wir das regeln könnten.

(Zurufe von der CSU)

Aber Spaß beiseite. Die Flusspegel im Norden sinken, obwohl wir die Überleitung machen, die es nicht überall gibt. Seit dem Jahr 1995 wurden drei Milliarden Kubikmeter Wasser dorthin gepumpt. Das ist zehnmal so viel wie der Tegernsee.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Man tut etwas, um die Wasserstände der Flüsse im Norden Bayerns zu halten. Aber in Summe dessen, dass sich das Klima tatsächlich verändert, sind wir eher darauf angewiesen, mit der Situation umzugehen. Die Wasserwirtschaft ist hiervon besonders betroffen; sei es durch Starkregenereignisse, durch Hochwasser oder durch Trockenheit und Dürre mit Auswirkungen auf das Grundwasser.

Um diesbezüglich etwas zu tun, haben wir uns schon lange auf den Weg gemacht, den Klimaschutz voranzubringen. Kollege Hünnerkopf hat die Klima-Anpassungsstrategie schon benannt,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

mit der wir uns um eine nachhaltige Wassernutzung kümmern. Wir müssen die besonderen Aufgaben auf der Basis dessen, was vor zehn Jahren schon alles passiert ist, heute noch einmal vor Augen führen. Das kann übrigens alles nachgelesen werden. Wer das nicht tut, kommt zu der Erkenntnis: Die tun nichts, wie Sie gesagt haben. Aber ich will es Ihnen gern in Erinnerung rufen, damit Sie es nicht nachlesen müssen.

Mit Ihrer Forderung nach einem Wassermanagement, das dem Rückgang der Grundwasservorräte Rechnung tragen soll, liegen Sie natürlich richtig. Wir haben aber eine Vielzahl von Maßnahmen, mit denen genau das erreicht worden ist, was man Wassermanagement nennt. Dabei denke ich zum Beispiel an unsere KLIWA-Projekte "Grundwasser" in Kooperation mit Baden-Württemberg, mit Rheinland-Pfalz und dem Deutschen Wetterdienst. Dabei untersuchen wir die wasserwirtschaftlichen Strukturen in dieser besonderen Situation des Klimawandels mit den langen Dürren und unterziehen diese Infrastruktursysteme einer Art Stresstest. Stresstest bedeutet, dass es auch funktionieren muss, wenn es mehrere Jahre hintereinander zu einer Trockensituation kommt.

Der zweite Punkt ist für mich der wichtigste, nämlich die Wasserversorgung. Wenn wir in einer solchen Situation feststellen, dass die Grundwasservorkommen abnehmen, muss unser Augenmerk auf der Frage liegen, ob daraus eine Gefahr für die Trinkwasserversorgung der Menschen resultieren könnte. Seit dem Jahr 2008 unterziehen wir die Trinkwassereinrichtungen, die wir in Bayern haben, einem Stresstest bezüglich der Versorgungssicherheit. Dabei wird der erforderliche Handlungsbedarf genau definiert. Eine Zusammenstellung der Daten ergibt eine Wasserversorgungsbilanz, die seit dem Jahr 2016 in allen Regierungsbezirken veröffentlicht ist.

Sie haben vorhin eine Analyse eingefordert. Ich weise Sie darauf hin: Das Wasserangebot und der Wasserbedarf für jede öffentliche Wasserversorgung stehen im Internet. Diese Daten wurden erhoben und im Wege des Stresstests sowohl für heute als auch in Projektion auf das Jahr 2025 bewertet. Dabei werden sowohl die Trockenheit als auch die demografische Entwicklung berücksichtigt. Schließlich gibt es Kommunen, die mehr Wasser benötigen, da sie sehr stark wachsen. Bei der Betrachtung der örtlichen Versorgungsstrukturen könnte festgestellt werden, dass dort etwas gemacht werden muss. Manchmal treten Schwachstellen zutage. Wir geben diesen Kommunen dann die entsprechenden Handlungsempfehlungen. Wer es noch übersichtlicher haben möchte, kann Karten betrachten, auf denen wir die Wasserversorger eingezeichnet haben, wo Maßnahmen zu ergreifen sind, um vor dem Hintergrund des Klimawandels eine gute Versorgungssicherheit zu haben.

Was ist summa summarum bei den verschiedenen Stresstests herausgekommen? – Grundsätzlich sind nach dieser Analyse fallweise örtliche Verbundmaßnahmen ausreichend. Durch die Schaffung von Redundanzen besteht die Möglichkeit, dass einzelne Versorger, die zu wenig Wasser haben, Ersatz von anderen erhalten. Derartige Pilotprojekte fördern wir seit zwei Jahren. Wir testen die Situation durch die Herstellung von Verbundleitungen. Was wir bisher gesehen haben, motiviert uns dazu, zukünftig solche Verbundleitungen zur Schaffung von Redundanzen bei Wasserversorgungseinrichtungen, bei denen es knapp werden könnte, aufzubauen. Wir wollen solche Projekte nach Möglichkeit auf ganz Bayern ausdehnen.

Herr Stümpfig, damit komme ich zu Ihrem Vorschlag der Senkung des Wasserverbrauchs. 130 Liter pro Einwohner sind bereits ein relativ niedriger Wert. Soll dann in den Haushalten noch weiter geschraubt werden, wird es unangenehm, da dann zum Beispiel in die Duschköpfe Bremsen eingebaut werden müssten.

Wir haben die Senkung des Wasserverbrauchs auch bei der Industrie und dem Gewerbe thematisiert und erreicht, dass der Wasserverbrauch in den letzten vierzig Jahren durch konsequentes Wassermanagement, auch durch die Beratung des Ministeri-

ums, mehr als halbiert worden ist. Sie haben angeregt, die Wasserentnahme sollte zum Beispiel für Bewässerungseinrichtungen staatlich gesteuert und gelenkt werden. Jede größere Wasserentnahme ist genehmigungspflichtig. Hier geht es nicht um das Gießen eines Gartens. Wer einen Weinberg bewässern will, muss sich das genehmigen lassen. Das Wasserrecht bietet die Möglichkeit für entsprechende Kontrollen. Kombiniert mit den Messnetzen ist das unser Hebel, um einen Einfluss auf die Wasserentnahme auszuüben.

Sollte eine Region nicht in der Lage sein, die notwendige Wasserentnahme über das Grundwasser zu leisten, muss das benötigte Wasser über einen Speicherraum zur Verfügung gestellt werden. Im Winter, wenn zu viel Wasser da ist, können diese Speicher gefüllt werden. Im Sommer kann dieses Wasser dann über eine Tröpfchenbewässerungsanlage sparsam eingesetzt werden. Die öffentliche Trinkwasserversorgung hat auf jeden Fall Vorrang, auch wenn bei der Bewässerung von Sonderkulturen Schwierigkeiten entstehen.

Der Leitfaden "Niedrigwassermanagement" soll zunächst im besonders trockenen Unterfranken erprobt werden. Er gibt darüber Auskunft, wo bei uns Engpässe bestehen. Wenn wir diesen Leitfaden auch auf die anderen Gebiete erstrecken, die von Trockenheit betroffen sein können, bin ich mir sicher, dass wir auch für diese Gebiete eine Entscheidungshilfe für die erforderlichen Maßnahmen haben werden.

Ich darf zusammenfassen: Derzeit sind die Wasserressourcen noch ausreichend. Sie müssen aber genau beobachtet werden. Wir müssen durch ein gezieltes Management sauber mit dieser Situation umgehen. Wir haben ein ganzes Bündel weiterer Projekte, die genau diese Steuerungsaufgabe erfüllen. Wir haben zwischen 1951 und 2015 eine Analyse des Langzeitverhaltens von Bodenwasserhaushalt und Grundwasserneubildung durchgeführt und im letzten Jahr veröffentlicht. Wir wollten sehen, wie sich die Situation im Laufe dieser langen Zeit verändert.

Wir haben Fallstudien in Gebieten mit geringergiebigem Grundwasservorkommen durchgeführt. Wir haben außerdem Maßnahmen zur Risikobewältigung bei Hochwasser, Starkniederschlägen und Uferfiltrateinfluss ergriffen und geben Empfehlungen zur Vorsorge für die Absicherung der Trinkwasserbeschaffenheit. In Simbach sind uns aufgrund des damaligen Geschehens einige Brunnen kaputt gegangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine sichere Trinkwasserversorgung in Zeiten klimatischer Veränderungen ist ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge. Darin sind sich alle Redner einig. Wir handeln zielgerichtet, effektiv und mit Augenmaß, und das nicht erst seit heute, sondern schon seit einiger Zeit. Da Sie an diesem Thema Interesse haben, bin ich mir sicher, dass wir auch in Zukunft gute Maßnahmen mit der Unterstützung des gesamten Parlaments voranbringen werden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, noch einen kleinen Moment. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Staatsminister Huber, vielen Dank für Ihre ausführlichen Darlegungen. Wenn ich mir die Situation bei uns und den Stresstest für das Jahr 2016 ansehe, habe ich das Problem, dass sich die Situation deutlich verschlechtert hat. Ich habe es bereits eingangs gesagt: 51 der 90 Grundwassermessstellen in diesem Bereich haben in den letzten Jahren historische Tiefststände aufgewiesen. Das beunruhigt uns sehr. Nach meiner Einschätzung besteht bei den Stresstests folgende Problematik: Im Landkreis Ansbach leuchtet die Ortschaft Greiselbach, die sich bis jetzt noch mit einem kleinen Brunnen selbst versorgt hat, rot, weil sie nicht an die Fernwasserversorgung Franken angeschlossen ist. Jetzt wird umgestellt. Der Brunnen wird wahrscheinlich stillgelegt, auch aus monetären Gründen. In Ihrer Karte wird die Ortschaft dann vermutlich grün aufleuchten, weil die Versorgung gesichert ist. Das kann es nicht sein.

Aus der Antwort Ihres Ministeriums auf meine Schriftliche Anfrage geht hervor, dass wir alle Möglichkeiten zur Erschließung und Erhaltung der Brunnen nutzen müssen. Hier tun wir aber genau das Gegenteil. In Bad Windsheim sind die Brunnen versaut, weil zu viel Nitrat drin ist. Das dürfen wir uns nicht mehr leisten. Hier vermisste ich bei Ihnen eine wirkliche Strategie. Sie müssten Ihren Kollegen im Landwirtschaftsministerium sagen, dass es so nicht weitergehen kann.

Das gilt übrigens auch für den vorbeugenden Klimaschutz. Sie haben die entsprechenden Zahlen. Klimavorsorgemaßnahmen tauchen jedoch nirgends auf. Hier sind Sie gefragt. Wir können beobachten, dass sich die Problematik immer weiter verschärft. In der Landwirtschaft wissen wir nur bei den großen Abnehmern mit über 100.000 Kubikmetern im Jahr, wer was entnimmt. Bei allen anderen wissen wir es nicht. Da müssen wir nachsteuern. Das ist eine klare Ansage, und wir hoffen, dass Sie irgendwann eine Kehrtwende machen und auf unseren Antrag sozusagen einsteigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Die Gesamtaussagen zum Klimawandel muss ich jetzt nicht aufgreifen. Was aber den kleinen Brunnen anbelangt, von dem Sie gerade gesprochen haben: Dieser Sonderfall ist mir nicht bekannt. Es ist auch nicht das Ziel der Staatsregierung, kleine Brunnen, die gutes Wasser liefern, stillzulegen und durch große zu ersetzen.

Zur Flächigkeit: 2.300 Trinkwasserversorgungsanlagen sind in ganz Bayern Prinzip. Wir verlassen uns eher auf die Fläche als auf große einzelne. Mein Vorschlag war deswegen auch nicht, sie durch andere zu ersetzen, sondern ihnen durch entsprechende Möglichkeiten der Redundanz die Sicherheit zu geben, sich woanders im Sinne von Aushilfe anschließen zu können, wenn das Wasser bei ihnen etwas zu wenig ist. Wenn mehrere kleine zusammenspannt werden, kann in summa manchmal der eine dem anderen und dann der andere dem einen helfen. Das ist, denke ich, der

bessere Weg, als kleine Trinkwasserversorgungen zuzusperren; darüber sind wir uns mit Sicherheit einig.

Beim landwirtschaftlichen Eintrag von Nitrat handelt es sich um einen großen Kampf, der durch die Düngeverordnung gerade aufgenommen wird. Wenn Sie sich in der Landwirtschaft umhören, stellen Sie fest: Der größte Teil findet das eher zu viel als zu wenig. Ich bin mir sicher, dass die Auswirkungen, die durch die neue Gesetzgebung hier jetzt zu erwarten sind, erst kommen. Das müssen wir abwarten.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Besten Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor; damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über diese beiden Anträge und anschließend zu den vorherigen Dringlichkeitsanträgen. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22366 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie die Abgeordneten Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22388 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Ich komme zurück zu den Dringlichkeitsanträgen wegen der Datenschutz-Grundverordnung. Wir haben eine einfache Abstimmung und zu den Anträgen von CSU und SPD jeweils eine namentliche Abstimmung. Ich beginne mit der einfachen Abstimmung.

mung über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/22365. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CSU auf Drucksache 17/22386 und damit zur ersten namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit; ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 20.54 bis 20.59 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung, und wir bereiten die Urnen für die anschließende Abstimmung vor. –So, die Urnen sind wieder bereit. Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/22387. Ich eröffne die Abstimmung. Dieses Mal drei Minuten, meine Damen und Herren.

(Namentliche Abstimmung von 21.00 bis 21.03 Uhr)

Meine Damen und Herren, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Plätze jetzt wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)